

Dr. Koch über einen deutschen Ozeanflug.

Deutschlands Sonderaufgabe: Verkehrsfliegererei.

Berlin, 1. Juli. Der Reichsverkehrsminister Dr. Koch als für die Luftfahrt zuständiger Reichsminister erklärte einem Vertreter des W. L. W. zur Frage eines deutschen Fluges mit deutschem Flugzeug nach Amerika, die im Zusammenhange mit dem Abschiedsgruß der amerikanischen Flieger neu in den Vordergrund des Interesses gerückt ist: Die deutsche Regierung interessiert sich selbstverständlich für jedes ernsthafte vorbereitete Unternehmen, das ein deutscher Flieger mit einem deutschen Flugzeug und deutschen Motoren unternimmt. Der Flug von Deutschland nach Amerika ist wegen der vorherrschenden Windrichtung schwieriger als der in umgekehrter Richtung. Aber es ist das Kennzeichen des Verkehrs im Gegenstand zum Rekordflieger, daß er sich von äußeren Einflüssen möglichst unabhängig machen befreit ist, während der rekordflieger sich an diese Flügel das Recht hat, sich möglichst günstige Wetterverhältnisse auszusuchen. So ist denn der Flug in Richtung Amerika—Europa auf der nördlichen Ostseeküste mehrmals gelungen. Zum ersten Male dem Engländer Alcock nach Jahre vor Lindbergh und Chamberlin, während die entgegengesetzte Ueberquerung des Nordatlantik bisher keinem Flieger gelungen ist.

Da es also unsere Aufgabe ist, nicht Leistungen anderer nachzuahmen, sondern den Luftverkehrsgedanken Schritt für Schritt weiter zu fördern, scheint mir nicht das einmotorige Räderflugzeug, sondern zum mindesten ein mehrmotoriges Landflugzeug oder ein einmotoriges Schwimmerflugzeug, und zwar in jedem Falle mit Funkausrüstung für den Flug in Frage zu kommen. Das beste wäre ein großes Schwimmerflugzeug, wobei nach den bisherigen Erfahrungen oberhalb eines gewissen Seemilgewichtes die Flugboote höhere Zweckmäßigkeit als die Schwimmerflugzeuge zu haben scheinen.

Auf die Frage, ob und wie das Reich eine deutsche Ozeanüberquerung fördern, erwiderte Reichsverkehrsminister Dr. Koch: Das Reich fördert durch Industrieaufträge fortschrittliche Baumuster. Es ist daher Sache der Industrie, sich im Rahmen dieser Förderung den Tagesaufgaben anzupassen, und ich habe die Hoffnung, daß sie dem gerecht werden wird, wenn nicht im Laufe des Sommers, dann später noch um so sorgfältigerer Vorbereitung.

Ver-sur-Mer.

Die Landung Byrds an der Kanalküste.

Caen, 1. Juli. Beim Chamberlinflug die deutsche Stadt Antouba eine gewisse Berühmtheit erlangte, so ist es jetzt der kleine französische Ort an der Kanalküste Ver-sur-Mer. Eine Wasserwanderung ergießt sich in den kleinen Ort, den man außerhalb Frankreichs bisher kaum dem Namen nach gekannt hat. Der Nordpostflieger und Ozeanbezwinger Byrd wohnte mit seinem Begleiter im Hause des Ortsvorstehers. Die Bewohner von Ver-sur-Mer, in der Mehrzahl Schiffer oder Seeleute, erzählen voller Stolz den zahlreichen Pressevertretern von ihren Erlebnissen, nach der Landung der „America“ am Meere. Von der Landung selbst hat man infolge des dichten Nebels kaum etwas gemerkt. Die Schiffer waren nicht schlecht erschrocken, als auf einmal vier Männer von der hohen See her an die Küste geschwommen kamen. Wir sind die Ozeanflieger, helfen Sie uns, unter Flugzeugen zu bergen, waren die ersten Worte Byrds. Das Flugzeug trieb etwa 300 Meter entfernt auf dem Meere. Mehrere Rettungsboote mit Rettungsbooten das Flugzeug an Land zu ziehen, misglückten. Es wurden aber französische Schleppdamper benachrichtigt, die sich augenblicklich um die Bergung des Flugzeuges bemühten.

Es steht jetzt schon fest, daß das Flugzeug sehr schwere Beschädigungen erlitten hat. Die vier Flieger waren natürlich todmüde, aber ihre erste Sorge galt doch der „America“, die sie so sicher über den Ozean geführt hat.

Byrd

hat über seinen Flug einige vorläufige Angaben gemacht. Er erklärte, daß der Nebel über Frankreich derart dicht gewesen sei, daß er von den Lichtsignalen des Pariser Flugplatzes nicht das mindeste gesehen habe. Auf dem letzten Teil des Fluges fleg die Gefahr aus höchster. Benzinmangel inmitten eines unendlichen Nebelmeeres machte die Lage trostlos. Es gab sogar Augenblicke, wo sie nicht mehr an eine Rettung glaubten und verweifelnde SOS-Rufe in die undurchsichtige Nacht funkten.

Der Kompaß funktionierte nicht mehr. Jede anderweitige Orientierung mißlang. Bereits nach dem Passieren des Kanals flog das Flugzeug in unsicheren Kurven über der französischen Küstenlandschaft. Den französischen Funkstationen, die dauernd Richtungssignale ausstrahlten, gelang es nicht, eine einwandfreie Verbindung mit der Empfangsstation des Flugzeuges herzustellen. Man war in großer Besorgnis, da man wußte, daß die Benzinvorräte des Flugzeuges nur noch kurze Zeit reichen würden. Schließlich scheint aber das Flugzeug Richtungsrufe der Funkstation Le Havre erhalten zu haben, und Byrd scheint dann versucht zu haben, die Seinemündung zu erreichen, um dort gefahrlos zu landen. Auf dem Lande wollte er nicht landen, da ihm das Beispiel Chamberlins abschreckte, der bei seiner Notlandung bei Antouba einen schweren Propellerbruch erlitt.

Byrds Irrfahrten über Frankreich.

Paris, 1. Juli. Byrd gab heute nachmittags in Vers-sur-Mer französischen Journalisten genauere Mitteilungen über den letzten Teil seines Fluges. Danach war das Flugzeug neunzehn Stunden lang von dichtem Nebel umgeben. Von Kap Finistere an hatten die Flieger völlig die Richtung verloren und flogen

zweimal rund um Westfrankreich, wobei sie vermutlich in die nächste Nähe von Paris gekommen sind. Unter diesen Umständen konnte Byrd keine Landung wagen und zog es vor, in der Nähe der Küste auf das Wasser niederzugehen. Der Aufprall auf den Wellen war ziemlich hart, doch kamen die Insassen des Flugzeuges mit einfachen Quetschungen und Hautabschürfungen davon. (S. 2.)

Die Bergungsarbeiten an der „America“.

Paris, 1. Juli. Während die Mannschaft Byrds in Vers-sur-Mer an der normannischen Küste der Ruhe pflegt, hat die französische Regierung heute der amerikanischen Votschaft im Weißen Haus in Washington die Glückwünsche über das Gelingen des Fluges ausdrücken lassen. Inzwischen sind die Bergungsarbeiten in vollem Gange. Die besonders wertvollen Apparate konnten bereits in Sicherheit gebracht werden. Wie schwer die Beschädigungen sind, die das Flugzeug erlitten hat, läßt sich noch nicht feststellen, da erst bei Eintritt der Ebbe die eigentliche Bergung beginnen kann. Schon jetzt aber konnte man feststellen, daß der mittlere der drei Motoren nicht mehr funktioniert.

Das Fahrgestell ist zerbrochen und bei der Landung haben sich die Propeller in den weichen Sand eingehakt. Die Flieger, die den letzten Tropfen Brennstoff verbraucht hatten, hatten die Absicht, in der Seinemündung zu Wasser zu gehen, konnten aber ihr Flugzeug nicht mehr so lange in der Luft halten. Die Notlandung erfolgte nachts gegen 1/2 Uhr. Da der Bürgermeister des Ortes erst gegen 1/2 Uhr die Nachricht nach Paris telephonieren konnte, ergaben sich gewisse Verwicklungen in der Zeitangabe, zumal man in Paris auf dem Flugplatz Le Bourget gegen 1/2 Uhr die drastischen Notrufe des Flugzeuges gehört haben soll.

Ein deutsches Sachverständigenurteil. Berlin, 1. Juli. Kapitän Vorkow, der bekannte deutsche Sachverständige für Fliegernavigation, erklärt in einer Auslassung über den Schlußteil des Byrds'schen Fluges: Komander Byrd hat in der Morgenfrühe sein Flugzeug bei Le Havre unmittelbar an der Küste zu Wasser gebracht. Er hatte schon gegen 1 Uhr abends die Küste der Bretagne überflogen. Die Entfernung bis zu seinem Ziel betrug weniger als 400 Kilometer. Er muß also längere Zeit über Frankreich herumgerirrt sein und schließlich aus Benzinmangel eine Landung bei Le Havre unternommen haben. Dieses Umherirren an der letzten Flugelappe scheint für die Ozeanflüge typisch zu werden. Der Grund hierzu ist in der ungenügenden navigatorischen Ausrüstung zu suchen. Wenn das Flugzeug, von Amerika kommend, nachts auf die Küste trifft, fangen erst die Navigationschwierigkeiten an.

Ein Zeppelin bei den italienischen Marinemanövern.

Rom, 1. Juli. Heute nacht wurden die Marinemanöver beendet. Mehrere Blätter heben die großen Verdienste hervor, die der frühere Zeppelin „Bodensee“, jetzt „Speria“, dabei geleistet hat. Das Luftschiff sei selbst unbemerkt geblieben, habe aber trotz schlechten Wetters seiner Partei die Ankunft und die Zahl sämtlicher feindlichen Schiffe gemeldet.

die Parole ausgegeben worden: „Alle Reichsbannerleute müßten totgeschlagen werden.“ Nach der Bluttat habe in Arendorf eine Sitzung des örtlichen Stahlhelms stattgefunden, um die Verdunkelung des Tatbestandes zu versuchen. Angehörige der Gewalttaten der Reichspolizisten wünschten seine Freunde die Ausdehnung des für Berlin bestehenden Stoßverbotes auf ganz Preußen.

Von deutschnationaler Seite wurde dann die große Anfrage über die planmäßigen Ueberfälle von Mitgliedern des Noten Frontkämpferbundes auf rechtsgerichtete Organisationen begründet und mitgeteilt, daß das Reichsbanner am nächsten Sonntag in Arendorf eine große Demonstration veranstalten wolle. Man müsse die Regierung darauf aufmerksam machen, daß sie sich für die Folgen verantwortlich mache, die sich ergeben, wenn sie dies zuläßt. — Nachdem noch ein kommunistischer Redner eine Interpellation wegen angeblichen Terrors gegen die Noten Frontkämpfer begründet hatte, schritt der

Justizminister Dr. Schmidt zur Beantwortung der Interpellation: Die Nachricht von der schweren Arendorfer Tat habe er mit peinlichen Gefühlen aufgenommen. Er sei entsetzt und empört über die Gefährlichkeit, die sich dort gezeigt habe. Wenn von einem Teil der Presse behauptet worden sei, daß die Tat eine Folge der politischen Justiz sei, so sei dieser Vorwurf in seiner Verallgemeinerung ebenso bedauerlich wie unberechtigt. Staatsanwaltschaft und Gericht gingen mit voller Objektivität vor ohne Ansehen der Person und der politischen Gesinnung. Der Minister teilte dann mit, daß am morgigen Sonnabend in Arendorf an Ort und Stelle eine Vernehmung der Beschuldigten und Zeugen stattfinden werde.

Darauf nahm der preussische Innenminister Graßhoff das Wort, der erklärte, auf der Reichsbannertagung in Frankfurt hätte die Nachricht von der Bluttat ungeheure Erregung ausgelöst. Es sei den Führern des Reichsbanners, vor allem Hörsing und Wels, zu danken, daß sie durch ihren Einfluß eine sofortige Reichsbannerdemonstration in Arendorf verhindert hätten. Der Minister betonte dann, daß es auf keinen Fall angehe, daß die Staatsbürger zum Selbstschutz schritten. Er habe strenge Anweisung gegeben, daß dort, wo die Angehörigen von Verbänden gewalttätige Ausschreitungen begehen, die betreffenden Ortsgruppen aufgelöst werden.

Die immer wieder vorkommenden Zusammenstöße beweisen, daß die politischen Richtungen nicht sämtlich die hinter ihnen stehenden Massen in der Hand hätten. Keine Macht der Erde könne es verhindern, daß es zu Ausschreitungen komme. Man müsse immer wieder an die Führer der Organisationen den Appell richten, nicht zu provozieren, sich nicht provozieren zu lassen und auch keine Selbsthilfe zu üben. Vor allem müßten die Parteien zusammenarbeiten, um Zwischenfälle unter den einzelnen Organisationen zu vermeiden.

Der Minister erklärte weiter, er bedaure das Verbot des Noten Frontkämpferbundes in Dortmund durcheinander und er werde auch die Auflösung der verschiedenen Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei forsetzen. Er denke nicht daran, das bewährte Stodverbot aufzuheben, lehne es aber ab, das Verbot allgemein anzuwenden. Die Vorgänge in Arendorf hätten ihm einen Erlaß zur Sicherung der Zufahrt- und Abfahrtsstraßen bei Demonstrationen außerhalb Berlins durch polizeiliche Kräfte nahegelegt. Er persönlich wünsche, daß Zivilpersonen überhaupt das Führen von Waffen unterlag werde. Nach den Vorfällen seien bei Hausdurchsuchungen in Arendorf Waffen gefunden worden, u. a. Infanteriegewehre.

Zu den Interpellationen könne er im Augenblick noch nicht Stellung nehmen, weil ihm das Material noch nicht vorliege. Die Behauptungen über die Ausschreitungen des Noten Frontkämpferbundes in Rathenow hätten sich als zurechtend erwiesen. Mit Entschiedenheit müsse die Behauptung zurückgewiesen werden, als habe Ministerpräsident Braun die Beschlüsse in einer Note aufgehoben. Der Minister schloß, daß er sich durch die unobjektive Kritik der Rechten in der Ausführung seines Amtes nicht beeinflussen lassen werde. Der Landtag verlagte sich darauf auf den 11. Oktober, nachmittags 1 Uhr.

Neue Staatssekretäre in Preußen.

Berlin, 1. Juli. Der amtliche „Preussische Pressedienst“ meldet: Der Ministerialdirektor Dr. v. Seefeldt ist zum Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt worden. Der bisherige Staatssekretär Dönhoff hat die Altersgrenze erreicht und tritt am 1. Oktober zurück. Der Regierungspräsident Krüger in Lüneburg ist zum Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an Stelle des ebenfalls wegen Erreichung der Altersgrenze zurücktretenden Staatssekretärs Prof. Dr. Rammer ernannt worden. Ferner ist an Stelle des zurückgetretenen Staatssekretärs Dr. Frihe der Vizepräsident des Juristischen Landesprüfungsamtes, Hofischer, zum Staatssekretär im Justizministerium ernannt worden.

Nächst den Kriegsschädigten die Frontsoldaten!

Berlin, 1. Juli. Im Preussischen Landtag hat die deutsch-nationale Fraktion einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, bei Befugung aller Stellen für Beamte, Lehrer, Angestellte und Staatsarbeiter, bei Beförderung und in Betrieben, die seinem Einfluß unterstehen, dafür zu sorgen, daß nächst den Kriegsschädigten und Versorgungsanwärtern in erster Linie Frontsoldaten berückichtigt werden. Frontsoldaten sind, wie der Antrag erklärt, solche, die einem kämpfenden Truppenteil angehört haben.

Gegen die Gesandtschaften der Länder.

Berlin, 1. Juli. Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, auf die Länder dahin einzuwirken, daß die überflüssigen und kostspieligen Gesandtschaften der Länder untereinander aufgehoben werden. Ueber das Ergebnis soll Bericht erstattet werden.

Wahlrechtsänderungen in Baden.

Karlsruhe, 1. Juli. Der Landtag nahm in seiner heutigen Vormittagsitzung in zweiter Lesung das Landtagswahlgesetz mit einigen von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Änderungen in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 28 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen an. Dafür stimmten das Zentrum und die Sozialdemokraten, dagegen die Deutsche Volkspartei, der größte Teil der Bürgerlichen Vereinigung, die Demokraten und die Kommunisten.

Austritt Heidelbergs aus dem deutschen Hochschulring.

Heidelberg, 1. Juli. Die im Heidelberger Hochschulring vereinigten Studierenden der Universität Heidelberg haben ihren Austritt aus dem Deutschen Hochschulring erklärt, da sich diese Vereinigung mehr und mehr von ihren ursprünglichen Zielen entfernt und in letzter Zeit sogar begonnen habe, sich parteipolitisch festzulegen. (S. 2.)

Festsetzung des Reichspatentamtes.

Berlin, 1. Juli. Aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens veranstaltete das Reichspatentamt heute vormittags im Langenscheidt-Werkhof eine Festfeier, an der u. a. Reichsjustizminister Dr. Fergl, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Minister a. D. Schiffer und Dr. Well neben Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, Mitgliedern des Reichsrates, den Präsidenten der Patentämter von England, Holland, Oesterreich, Spanien und der Tschecho-Slowakei sowie Abgeordnete zahlreicher Verbände und Vereine teilnahmen. — Der Präsident des Reichspatentamtes v. Specht gab einen Ueberblick über die Entwicklung und die Tätigkeit seines Amtes und teilte u. a. mit, daß bis heute fast eine Million Gebrauchsmuster gezeichnete Schutz erhalten hätten. Reichsjustizminister Dr. Fergl überbrachte die Glückwünsche der Reichs- und Staatsregierung.

Nach den Faustkämpfen im Preußen-Landtag.

Ein Radau- und Rüpelparlament.

(Wachsmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 1. Juli. Von parlamentarischer Seite des Preussischen Landtages gehen uns folgende Ausführungen zu: Wieder einmal muß man mit Bitterkeit feststellen, daß der Preussische Landtag den Namen eines „Radau- und Rüpelparlaments“, den er seit langem im Volk trägt, nicht zu Unrecht führt. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter hielt es für angebracht, die Kenntnisse, die er in einem Arbeiterkongress erworben hatte, einmal praktisch an seinen politischen Gegnern zu erproben. Es sollte ihm nicht, daß Darlegungen eines Fraktionskollegen zur Arendorfer Bluttat, die nichts weiter waren als

eine wüste Geste gegen die Rechte, von dieser nicht ohne Widerspruch aufgenommen wurden. Da er die Fertigkeit des Knock-out-Schlages erlernt hatte, hielt er es für das richtige, den Gegner auf diese Weise zu schlagen. Es ist nicht verwunderlich, daß seine Freunde mit dabei sein wollten. Den Kommunisten gegenüber, die selbstverständlich einer Prügelei nicht fernbleiben dürfen, wollten sie natürlich nicht zurückstehen. Im Ru war eine Einheitsfront hergestellt, und so hatte man das unwürdige Schauspiel, daß der Sitzungsraum, der eigentlich die Stätte gemeinsamer abwägender Arbeit für des Volkes Wohl sein sollte,

zur Arena für Boxkämpfe wurde. Es entbehrt nicht der Komik, daß dabei diese Ritter von der harten Faust trotz der in schwermütlichem Kursus erworbenen Boxkenntnisse Prügel abgaben. Der Schiedsrichter eines Faustkampfes hätte sie auf keinen Fall als die Sieger erklärt. Aber diese Vorfälle sind doch, mögen sie den Zuschauer auch unweigerlich zum Lachen reizen, von sehr erster Bedeutung. Was es dahinterbirgt, daß der Kampf der Weisheit zum Kampf der Kräfte wird. Gibt es noch Möglichkeiten, die aus den Niederlagen, in die man gerät, in wieder hinausführen? Diese Frage kann bejaht werden. Wenn das Präsidium des Landtages mit energischer Strenge gegen solche Rüpelpartien vorginge, die sich nicht scheuen, andere Abgeordnete tätlich anzugreifen, so würde ihnen die Luft vergehen, „Dandfestschelten“, die sie vielmehr an anderer Stelle gebrauchen können, im Sitzungsraum des Landtages anzuwenden. Im Grunde genommen weisen aber auch diese Vorkommnisse mit allem Ernst auf

das Führerproblem hin. Was die Sozialdemokratie im Preussischen Landtag an Abgeordneten hat, sind, abgesehen vielleicht von den durch

die Barnatprozesse zu rühmlicher Bekanntheit gelangten „Geschäftsleuten“, Männer, die keinen Anspruch darauf erheben können, für irgendeine Führerrolle in Betracht zu kommen. Das liegt hauptsächlich an dem ganz und gar verfehlten Wahlsystem, das diese Abgeordneten ins Parlament bringt. Wären die Parteien gesponsert, vor ihre Anhänger Kandidaten zu stellen, die sich als Persönlichkeit behaupten können, so wäre von ihnen mancher seinem Beruf gewidmet, statt sich im Parlament aufzuführen. Ein anderes Wahlsystem, insbesondere auch eine Hebung des Wahlalters, könnte viel von dem Unvertrauen beiseiten, was heute Preußens Parlament so sehr diskreditiert. Das Landtagspräsidium begibt sich aber selbst aller Waffen, die es gegen die Wiederholung solcher Vorfälle hat, wenn es, wie aus dem nachfolgenden Bericht hervorgeht, seine Disziplinargewalt in so nachlässiger und ungerichteter Weise handhabt, wie nach den heutigen Radauszenen.

Ordnungsrufe nach rechts!

Die Deutschnationalen verlassen den Saal. Berlin, 1. Juli. Nach zweitägiger Unterbrechung wurde die Sitzung des Preussischen Landtages wieder eröffnet. Präsident Partels erklärte: Ich muß dem tiefen Bedauern darüber Ausdruck geben, daß das Ansehen des Parlamentes durch solche Zwischenfälle herabgesetzt wird. Bei der eingehenden Behandlung des Vorgesanges im Kellertempel hat sich nicht feststellen lassen, wer sich Tätschkeiten hat auszuüben kommen lassen. Für solche Ordnungswidrigkeiten gibt es nur ein Mittel nach unserer Geschäftsordnung, den Ausschluß. Infolge der Unklarheit über die Einzelvorgänge muß davon abgesehen werden. Der Abg. Wiedemann hat durch seine beleidigenden Zwischenrufe den Anstoß zu den Vorgesängen gegeben. (Unruhe rechts.) Ich habe keine Beleidigungen zweimal gerügt. Er hat sie trotzdem wiederholt. Ich rufe den Abg. Wiedemann deshalb nachträglich zur Ordnung. (Rufe: Unerhört!) Es ist festgehalten, daß der Abg. Wiedemann sich auf die rechte Seite des Hauses begeben hat. Er befreit, daß er dabei Angriffsabsichten gehabt hat. Er ist gescheitert, hat sich nicht feststellen lassen. (Unruhe und Lachen rechts.) Wäre das festgestellt worden, so wäre der Ausschluß verfügt worden. Er erhält einen Ordnungsruf.

Unter großer Unruhe der Rechten schließt der Präsident mit der Mahnung an die Abgeordneten, Ordnung und Selbstsamt zu wahren.

Darauf verlassen die Abgeordneten der Rechten den Saal, während Abg. Krüger (Soz.) seine Rede fortsetzt. Er behauptet, in Arendorf sei vor der Bluttat von Stahlhelmsmitgliedern